

Angesichts des amerikanischen Kriegs gegen Afghanistan, der Drohungen gegen Iran, Libyen, Somalia oder des Krieges gegen den Irak sind sich viele meist unbeteiligte Beobachter sicher, dass es der US-Regierung dabei nicht wie im Kosovo-Krieg um das Wohlergehen der Menschen geht, sondern um ökonomische Interessen, kurz: ums Öl. Offizielle Stellen wie das ARD-Magazin Monitor oder die Süddeutsche Zeitung stellen den amerikanischen Energie-Bedarf den irakischen Ölreserven gegenüber, berechnen Pipeline-Routen und drohende Versorgungs-Lücken. "Kein Blut für Öl" lautet die universelle Parole aller Kriegsgegner. (1)

Markus Euskirchen

"Kein Blut für Öl!"

Vom Elend einer Parole

(1) Bei dem folgenden Artikel handelt es sich um die ungekürzte Version einer Veröffentlichung in der Jungle World 10/2003, 26.2.2003, Dossier, unter dem Titel: "Der Frieden ums Öl. Warum mit einem Krieg um Öl keine guten Geschäfte zu machen sind", www.jungle-world.com/seiten/2003/09/401.php

(2) www.kein-blut-fuer-oel.de

(3) Laut UN-Development-Report 2001 stirbt alle paar Sekunden ein Kind in der Dritten Welt an Essens- oder Medikamenten-, sprich an Geldmangel. Die Zahl der Erwachsenen wird nicht genannt. <http://hdr.undp.org>

"Kein Blut für Öl!" taugt als Anti-Kriegs-Parole so gut wie andere Slogans. Andererseits - schon dass der "Spiegel" titelt "Blut für Öl. Worum es im Irak wirklich geht" sollte missverständlich machen. Die Parole ist vieldeutig. In ihr schwingen einige Irrtümer mit. Stellvertretend sei hier die Kampagne "Kein Blut für Öl!" zitiert: "Wir müssen also realisieren, dass auch dieser Krieg nicht zum Schutze der unterdrückten Bevölkerung geführt werden wird... Ökonomische Interessen sind es, die die USA und mit ihr die Nato dazu führen, sich als Weltpolizei zu rüsten und nicht eine humanitäre Idee. Das können wir nicht zulassen!" (2)

Die Enttäuschung ist nicht zu überhören: Bloß ökonomische Interessen stehen hinter den Bomben und Granaten. Die "humanitäre Idee" - Menschen zu erschießen und ihr Lebensumfeld zu vernichten, um ihnen etwas Gutes zu tun - mal weggelassen, äußert sich hier ein sympathischer (und auch bescheidener) Standpunkt: Aus ökonomischen Gründen sollte kein Mensch sterben.

Das aber passiert jeden Tag hunderttausendfach (3). Vor allem im Frieden. Gestorben und gelitten wird nicht nur, weil Kriege aus bloß ökonomischen Gründen geführt werden, sondern vor allem aus diesen ökonomischen Gründen. Die offiziellen Titel dafür sind "Armut", "Gewalt", "schlechte Regierung" und manchmal das Wetter (zuviel Sonne, Regen oder Wind). Nicht Krieg, sondern Geldmangel ist heutzutage weltweit die häufigste Todesursache. Der Status von Menschen im herrschenden Wirtschaftssystem als Mittel

zum Zweck zeigt sich nicht erst im Krieg. Und wer den Krieg kritisieren will, der muss die Kriegsgründe kritisieren. Die liefert der Frieden.

Doch ist der Parole "Kein Blut für Öl!" eine Parteinahme für den Frieden inhärent, in dem Handelspartner auf einem Welt-(Öl-)Markt freiwillig zum gegenseitigen Nutzen tauschen und dessen Regeln durch Krieg quasi künstlich manipuliert werden. Diesen Ölmarkt aber gibt es nicht (4).

I. Der Frieden

Dass der Ölmarkt so kriegsträchtig ist, liegt nicht nur am Kapitalismus, sondern auch am Stoff, der auf dem Ölmarkt gehandelt wird. Heutzutage ist mit menschlicher Kraft keine Produktion und kaum ein Transport von Mensch und Material mehr zu betreiben. Künstlich erzeugte Energie ist das Antriebsmittel des gesamten Lebensprozesses. Daher hängt an ihrer kontinuierlichen Bereitstellung alles. Da Energie beständig verbraucht wird, geht ihr Preis direkt und indirekt in jede Geschäftskalkulation eines Unternehmens ein. Steigt ihr Preis, steigt der notwendige Kapitalvorschuss und die Gewinnrate mindert sich ebenso wie das Firmen-Wachstum und damit das gesamte nationale Wirtschaftswachstum. Energiepreis-Steigerungen verschärfen die Konkurrenz der Unternehmen, unter Umständen bis hin zur Krise. Die Abhängigkeit vom Energiepreis ist ein permanentes Risiko für den Profit und fürs Bruttoinlandsprodukt.

In der Unternehmens-Bilanz erscheint der Energieträger häufig unter der Rubrik "Betriebsmittel". Damit er Mittel des Betriebs sein kann, muss er konstant vorhanden, kalkulierbar und vor allem billig sein. Öl ist aufgrund seiner natürlichen Eigenschaften der Liebling kapitalistischer Gesellschaften. Denn im Vergleich zu anderen Energieträgern wie Kohle ist es für alle Zwecke leicht (=billig) einsetzbar. Es ist daher das ideale Antriebsmittel für Kapitalwachstum (5).

Weil Öl so kostengünstig ist, haben die "Verbraucherländer" genannten Staaten ihre heimischen Energieträger in Preiskonkurrenz zum Öl gesetzt. Diese Konkurrenz hat die Kohle trotz permanenter Verbilligung verloren. Daher ließen die Industriestaaten ihre lokale Energiewirtschaft zusammenschrumpfen und Konzerne untergehen (6). Hunderttausende Kohlekumpel wurden abgebaut und ganze Landstriche verödet ("strukturschwache Gebiete"). Zum Wohle ihres Wachstums haben die Kapitalstandorte auf ihre Autarkie in Sachen Energieversorgung verzichtet und schufen sich damit ein Problem: Der kapitallebenswichtigen Rohstoff lagert

(4) Genausowenig wie den "friedlichen" Weltmarkt für Kaffee oder Bananen. Nur mit einigen Besonderheiten, die dafür sorgen, dass Krieg hier immer schon mitgedacht ist.

(5) Schon an der Stelle wird klar, dass die Parole "Kein Blut für Profit!" die Sache besser trifft.

(6) In Deutschland ist nur noch ein Konzern übrig: die Ruhrkohle AG

außerhalb ihrer geographischen Grenzen, also jenseits ihres unhinterfragten Machtbereichs. Sie wissen, dass auf dem Weltmarkt Erpressung das wichtigste Mittel ist.

(7) Mit "USA" gemeint ist in diesem Text die US-Regierung.

Um die ausländischen Energiequellen für ihre Zwecke zu sichern, hielten es die Weltwirtschaftsmächte früher für nötig, die Öl-Gebiete mit eigenen Armeen zu okkupieren. Heute haben sie unter der Führung der USA (7) einen einheitlichen Welt-Ölmarkt geschaffen. Hier sind die Rollen von "Verbraucher-" und "Lieferländern" eindeutig verteilt.

Die Verbraucherländer übernehmen die Aufgabe, sich um die stabile Kooperationswilligkeit der Ölstaaten zu kümmern. Und das heißt immer: sie notfalls zur Kooperation zwingen. Nur so ertragen die Weltwirtschaftsmächte diese Abhängigkeit. Ihre Mittel dafür sind erstens Waffenlieferungen, die die Macht einer Öl-Regierung von ihnen abhängig machen; und zweitens eine glaubwürdige und universelle Kriegsdrohung gegen die Lieferländer. Als NATO stellen sie kollektiv die Verlässlichkeit der Partner - wie auch sonst? - militärisch her und sichern die Öl-Transportwege: Schiffrouten und Pipelines. Ihr Ziel ist nicht die Erbeutung oder die Sicherung einzelner Lagerstätten, sondern Erhalt eines weltweiten Marktes, auf dem die Ölversorgungs-Frage nur noch eine Ölpreis-Frage ist. Da dieses Regime für viel Unzufriedenheit bei den Lieferländern sorgt, lässt deren militärische Bedrohung nie nach. Ein Krieg in der Ölregion ist stets möglich, manchmal nötig und immer auch ein positives Datum für die Öl-Börsen. Denn er bestätigt die Entschlossenheit der Verbraucherländer zur Energie-Sicherung.

(8) Wer es genau wissen will: Der geltende Ölpreis ist kein Durchschnitts-Preis. Sondern der Preis, zu dem die Multis die am teuersten produzierte Menge Öl noch am Weltmarkt mit Gewinn verkaufen können. Wo die Produktionskosten niedrig liegen, dort entsteht ein Extra-Gewinn. Um Anteile an diesem Extra-Gewinn streiten sich Multis und Ölländer, wobei die Konzerne natürlich versuchen, die Ansprüche der Ölländer zu drücken.

Ist dieses Regime eingeführt, dann treten die multinationalen Energiekonzerne den Ölland-Regierungen mit der ganzen Macht ihres Kapitals und ihrer Expertise gegenüber. Sie sind die kommerziellen Repräsentanten der Verbraucherländer. Der Ölpreis resultiert aus dem permanenten Streit dieser beiden Parteien um Anteile an dem Ölpreis, den die Multis auf dem Weltmarkt durchsetzen können (8).

Die Lieferländer auf der anderen Seite leben von einer lizenzierten Souveränität über ölhaltige Landstriche. Ihren Regierungen wird das Recht eingeräumt auf Verkauf "ihres" Öls. Die ständige Verfügbarkeit des Öls ist der Dienst, der ihnen entgolten wird. Dafür müssen sie ihre Ländereien nach außen gegen andere Mächte und nach innen gegen eine unzufriedene Bevölkerung sichern und den Abtransport gewährleisten. Was sie aus diesem Geschäft erlösen ist eine politische Grundrente: die Ablösesumme für das Eigentumsrecht am Öl. Die Weltwirtschaftsmächte gewähren ihnen ein

politisches Einkommen, um dessen Höhe die Ölländer permanent mit Multis und Kontrollmächten streiten müssen.

Um in diesem Kampf eine bessere Position zu erlangen, haben sich einige von ihnen zusammengeschlossen zur "Organisation erdölexportierender Länder" (Opec) - ein Titel, mit dem sie ihre politökonomische Bestimmung in der Welt anerkennen. Ihr Daseinszweck ist der Ölexport.

Zu mehr sind sie ökonomisch auch nicht in der Lage. Denn ihr Export ist nicht lukrative Ergänzung eines nationalen Kapitalwachstums wie etwa in Deutschland. Er ist ihre einzige Geldquelle. Die Wirtschaft eines Öllandes besteht in seinem Außenverhältnis. Die Opec-Staaten beispielsweise produzieren zwar 40 Prozent des Welt-Öls. Sie verbrauchen aber nur sechs Prozent. Der Rest ist für sie nutzlos - Milliarden Liter schwarzer zäher Flüssigkeit. Zu Reichtum im kapitalistischen Sinne wird das Öl erst durch die Ausfuhr, als Mittel des Wachstums in den Industriestaaten. Die Ölstaaten sind Anhängsel der Konjunktur anderswo. Ihre Emanzipation vom Öl-Export mit Hilfe des Öl-Exports (früher "arabischer Sozialismus" genannt) scheiterte notwendig. Und die Einnahmen aus dem Ölgeschäft legen sie vor allem dort an, wo Geschäft läuft: in den Verbraucherländern (= "Rückkehr der Petrodollars" in die Industriestaaten). Dazu kommt ihre Abhängigkeit von Kredit und Industriegütern aus dem Westen. Auch ökonomisch sind sie also zur Kooperation gezwungen.

In einer solchen Ölland-Wirtschaft ist das Volk ökonomisch weitgehend überflüssig. Wo es der Ölförderung im Weg ist, wird es aus dem Weg geräumt wie in Nigeria. In fast allen Ölstaaten wird gehungert oder unter extrem prekären Bedingungen lohngearbeitet (9). In Saudi-Arabien steht eine Minderheit reicher Öllrentiers einer niedrigentlohnnten Mehrheit arabischer und asiatischer Arbeitsmigranten gegenüber. Wohlstand erreicht die Ölland-Einwohner nur dort, wo die Naturbedingungen einerseits für viel Öl, andererseits für wenig Menschen gesorgt haben. Zum Beispiel in Kuwait. Dass es in diesen Ländern außer Öl nix zu holen gibt, wissen auch Kriegsgegner. Sie hatten daher keine Schwierigkeiten, sich schnell auf die Parole "Kein Blut für Öl!" zu einigen.

Fazit: Das Welt-Ölregime funktioniert im Frieden als freier Handel zwischen formell gleichberechtigten Partnern. Es ist eine Errungenschaft von 100 Jahren Außen- und Sicherheitspolitik, dass die Verfügbarkeit von Öl zu einer Frage des Preises gemacht ist. Hinter dieser unschuldigen Zahl - 15, 20, 30 Dollar je Barrel Öl - steht ein politisches Machtverhältnis. Das Militär der Verbraucherländer sichert die Alternati-

(9) Insofern fließt permanent "Blut für Öl" (und für Kaffee, Coltan, Diamanten, Bananen,...). Nur eben kein amerikanisches, deutsches, britisches o.ä.

(10) Auch von offizieller Seite wird in letzter Zeit öfter betont, dass Krieg (und Armut) auf dem Weltmarkt irgendwie unvermeidlich sind. Krieg wird daher wieder bezeichnet als "Ultima Ratio" der Politik - was der Duden nicht mit "letzte Vernunft", sondern mit "letztes Mittel" übersetzt. Die New York Times schreibt: "Die unsichtbare Hand des Marktes wird nicht funktionieren ohne die unsichtbare Faust". Es bleibt die Frage: Spricht das für den Krieg?

(11) *US-Regierungssprecher Ari Fleischer, New York Times, 5. November 2002*

(12) Sports Utility Vehicles (SUVs) sind benzinfressende Geländewagen.

vlosigkeit des Regimes ab, so dass für die Regierungen der Lieferländer der Anreiz zur Kooperation genauso wenig nachlässt, wie ihre Unzufriedenheit mit dem Regime. Dennoch oder deswegen bekämpfen die Lieferregierung politische Opposition innerhalb ihrer Staaten mit blutigen Mitteln ohne sich ernsthafte Rügen der Abnehmerregierungen einzuholen. Ergebnis ist ein Diktat der friedlichen Koexistenz und des permanenten innerstaatlichen Blutvergießens zur Aufrechterhaltung des internationalen Welt-Ölregimes. Es gibt also auf dem Welt-Ölmarkt nie "Frieden" (wie die Forderung "Kein Blut für Öl!" nahe legt) (10). Anders: Bei solch einem Frieden ist Krieg weder Zu- noch Unfall.

II. Der Krieg

So sieht er aus, der Welt-Ölmarkt, über den sich niemand beschwert. Und mitten in diese Welt fliegen die Terror-Flugzeuge des 11. September 2001. Die amerikanische Regierung interpretiert den Anschlag als Bedrohung ihrer Weltmacht und begibt sich auf Kreuzzug für ihre Sicherheit und Freiheit. Die Öffentlichkeit glaubt ihr nicht. Sie hält den Anti-Terror-Kampf für einen Vorwand, hinter dem sich Öl-Interessen verbergen. Sogar die US-Regierung hat das zur Kenntnis genommen: "Die USA sind in der Region nur an einem interessiert: Frieden und Stabilität zu befördern. Sie interessiert nicht Iraks Fähigkeit, Öl zu produzieren." (11)

Dabei hätte für Bush das Öl-Argument einigen Charme: Es stellt die Invasion im Irak als eine Art engagierter Verbraucherpolitik dar. Als Dienst am Konsumenten - nicht nur des amerikanischen -, der es warm haben und heutzutage auch mobil sein muss. Und preislich könnte sich jeder Privatmensch die Bomben als Senkung seiner eigenen Heiz- und Tankkostenrechnung übersetzen. Mit dieser Botschaft wollte schon Bush-Senior die Amerikaner gegen Irak agitieren: "Es geht um eure Benzinrechnung!", rief er den Bürgern zu. Auch Kriegsgegner haben diese Sichtweise kritisch übernommen: Bei Protesten Mitte Januar in San Francisco waren zahllose Plakate zu sehen auf denen es hieß: "Wenn der Krieg unvermeidlich ist, rekrutiert doch zuerst die Fahrer von SUVs (12)!" Die Süddeutsche Zeitung klagt: "Ausgerechnet die (viel Benzin verbrauchenden) Wagen treiben Amerika in die Nähe des Kriegs" - letztlich also die Unvernunft des Konsumenten.

Das nur am Rande. Im Allgemeinen wird der Krieg von seinen Gegnern als Investition gesehen, die einen positiven Return on Investment hervorbringen soll. Wie der Ertrag

aussehen soll, darüber ist man geteilter Meinung - Öl sichern, Multis unterstützen, Ölpreis senken sind die am häufigsten genannten Gründe. Dagegen sprechen zwei Argumente: Erstens ist der Gedanke einer unmittelbaren Kriegsrendite absurd. Gerade wenn ein Staat in den Krieg zieht, beendet er kleinliche Vorteilsrechnungen. "Lassen Sie es mich so deutlich sagen, wie ich kann: Der Preis der Freiheit ist hoch, aber meines Erachtens niemals zu hoch", drückte es US-Präsident George W. Bush vor dem Kongress aus. Das ist wörtlich zu nehmen. Denn im Krieg geht es um höchste Belange staatlicher Souveränität. Zwar wickeln Regierungen die Kriegskosten noch buchhalterisch ab, listen alle Positionen genau auf und feilschen mit den Finanzmärkten um Prozentpunkte für ihre kriegsnotwendige Verschuldung. Aber nicht, weil sie die Kriegskosten als Vorschuss behandeln, die einen Überschuss bringen sollen. Zwar kann ein Krieg alle möglichen positiven Wirkungen auf die Wirtschaft haben. Ursache für den Krieg sind diese Wirkungen aber nicht. Und zweitens lässt auch eine unmittelbare Kosten-Nutzen-Rechnung des amerikanischen Irak-Aufmarschs kein besonders lukratives Geschäft erwarten (13).

Die Kriegskosten

Irak ist reich an Öl: 113 Milliarden Barrel (1 Barrel = 159 Liter) liegen in seiner Erde (14). Das entspricht fast elf Prozent der Welt-Ölreserven oder dem US-Ölimport von 26 Jahren. Und das sind nur die bislang gesicherten Reserven, die mit heutiger Technik rentabel gefördert werden können. Die Förderkosten sind zudem gering.

Soviel zum unterstellten Objekt der Begierde. Jetzt zu den Kosten. Neidisch haben Anfang Februar deutsche Medien die Präsentation des Staatshaushalts von George W. Bush protokolliert. Während die deutsche Regierung 2003 gerade mal 250 Milliarden Euro (270 Milliarden Dollar) ausgeben kann, hat Washington allein seinen Rüstungsetat um 4,4 Prozent auf fast 400 Milliarden Dollar (15) gesteigert. Denn "nichts ist wichtiger als unser Verteidigungshaushalt", sagte US-Präsident Bush vor einigen Monaten. "Wir sind sehr zufrieden", kommentierte Edward Aldridge, im Pentagon zuständig für den Bereich "Beschaffung", das Budget.

Amerikas Regierung hat viel vor: Die effektiven Staatsausgaben sind bereits im Vorjahr um zwölf Prozent gewachsen. Dieses Jahr sollen es plus acht Prozent werden. Daraus folgt hohe Verschuldung für die USA. Während die Krise ins dritte Jahr geht, massenhaft Kapital vernichtet und die Spe-

(13) Die Rechnungen, die im folgenden aufgemacht werden, sind nicht gemeint als alternative Politikberatung mit der Botschaft: Krieg lohnt sich nicht. Sie sollen nur Zweifel in das gängige roh-ökonomische Blut-für-Öl-Argument säen. Letztlich sind sie Informationen für professionelle Durchblicker und Weltmarkt-Strategen - aber keine guten Anti-Kriegs-Argumente.

(14) Wer Daten braucht: den Öl-Markt beobachtet Esso (www.esso.de, Publikation "Oeldorado"). Für die Situation der Ölländer interessiert sich die Internationale Energieagentur (www.iea.org).

(15) Auch wenn die Summe nach Nato-Kriterien etwas niedriger liegt.

kulationsblase weiter Luft ablässt, genehmigt sich Washington ein Haushaltsdefizit von 300 Milliarden Dollar. Das geht, weil die zuvor festgelegte Gesamtverschuldungs-Obergrenze von knapp 6.000 Milliarden Dollar aufgehoben und Budgetgesetze außer Kraft gesetzt worden sind. Und die Schulden werden weiter steigen. Denn die Wirtschaftsflaute lässt die Staatseinnahmen schwinden. Gleichzeitig werden neue Gelder für Anti-Terror-Krieg oder Heimatschutz nach Bedarf bewilligt. Zwar beläuft sich das Haushaltsdefizit der Zentralregierung in Washington nur auf knapp drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Deutschland: rund 3,5%). Doch addiert sich dieser Fehlbetrag zu einem gigantischen amerikanischen Leistungsbilanzdefizit, das 2003 bis auf 600 Milliarden Dollar anschwellen könnte. Das bedeutet: Amerika muss sich fast zwei Milliarden Dollar täglich aus dem Ausland borgen.

Zudem stehen viele der US-Bundesstaaten bereits am Rand der Pleite. Sie kürzen Ausgaben für medizinische Betreuung, streichen Schulspeisungen, entlassen tausende Angestellte und erhöhen die Steuern - vorzugsweise auf den Konsum. Die "gute" Seite: Nevada erwägt die Legalisierung von Haschisch, um es besteuern zu können. Oregon will Schultage streichen. Kentucky hat sogar Gefangene entlassen, um Kosten zu sparen.

Zwischen 30 und 40 Milliarden Dollar kostet ein kurzer Krieg gegen Irak nach Meinung von Leuten, die ihr Geld mit solchen Kalkulationen verdienen. Pessimisten wie William D. Nordhaus, Ökonom an der Universität Yale, rechnen mit mindestens 100 Milliarden Dollar, inklusive Okkupationsarmee für mehrere Jahre (16). "Laufen die Dinge schief", so Nordhaus, könnten es bis 1.900 Milliarden Dollar in den nächsten zehn Jahren werden.

Zu den US-Staatsausgaben kann man noch die Erträge addieren, die der US-Wirtschaft entgehen, weil der Staat das viele Geld nicht für direkte Wirtschaftsförderung ausgibt. Dazu kommen noch die sogenannten makroökonomischen Schäden, die die permanente Kriegsgefahr auf den Weltwaren- und -finanzmärkten anrichtet. Denn durch die Kriegsdrohung ist der Ölpreis auf 30 Dollar je Barrel gestiegen. Das belastet mitten in der Krise die Profite. Seit bald einem Jahr wird die Kriegsgefahr als Hauptgrund für die Konjunkturfalote auf dem Globus gehandelt und sorgt für Milliardenverluste an den Börsen (17). Die amerikanischen Teilnehmer des "Iraq Workshop" bei der Deutschen Bank schätzten, dass ein zwei bis drei Monate langer Irak-Krieg mittlerer Intensität die US-Wirtschaft in diesem Jahr rund 1,0 und 2004

(16) *Wieviele Kriege kosten und warum: William D. Nordhaus: The Economic Consequences of a War with Iraq.*

www.econ.yale.edu/~nordhaus

(17) Allzu wörtlich sollte man diese Klage aber auch wieder nicht nehmen. Denn die Begründung, der Krieg belastete die Konjunktur weil er die Stimmung von Investoren und Konsumenten versäue, ist nur für Volkswirte einleuchtend, die (neben dem stets zu hohen Lohn) keinen anderen Grund für schlechte Wirtschaftslagen kennen als "sinkende Stimmungsindikatoren"; die jede Krise also mit der schlechten Laune der Wirtschaftssubjekte erklären - und die schlechte Laune zirkulär wieder aus der schlechten Lage.

rund 0,7 Prozentpunkte ihres Wachstums kosten würde. Bei einem US-Bruttoinlandsprodukt von 10.000 Milliarden Dollar wären das weitere 170 Milliarden Dollar.

Das alles ist US-Präsident Bush und seinen Mitarbeitern anscheinend egal. Für die Freiheit ist ihnen nichts zu teuer. Auf ihrer Seite sind auch Zentralbank und Finanzmärkte - die sonst sehr auf Effizienz von Staatsausgaben achten. Für ihre Vorhaben erhält die US-Regierung jeden Kredit, den sie haben will - zu günstigen Zinsen. Warum?

Vorschlag 1: Ölkrise voraus!

Kriegs-Gegner geben verschiedene Antworten. Die erste: Amerika braucht einfach Öl. "Die Ölvorkommen in Amerika versiegen. Wenn die USA nicht unbedingt neue Quellen gewinnen, werden sie die Vormachtstellung in der Welt verlieren. Nun stehen die Vereinigten Staaten mit dem Rücken an der Wand....Wenn Amerika die Pipeline durch Afghanistan nicht bauen würde, drohte ihnen die Kontrolle des Weltmarktes ganz schnell zu entgleiten" ("Kein Blut für Öl!").

Zwar sinkt die US-Ölproduktion tatsächlich. Neu ist das aber nicht. Das Land setzt schon seit bald 50 Jahren überwiegend auf ausländisches Öl. Dessen Sicherung ist daher schon längst ein "vitales Interesse" der US-Regierung. Schon heute bezieht Amerika die Hälfte seines Ölbedarfs aus dem Ausland (und ein Viertel aus Nahost), spart so Geld und schont eigene Ressourcen. Wenn es in Zukunft 75 Prozent sein werden, ist der Ölimport zwar größer, aber nicht wichtiger geworden und das Interesse nicht "vitaler". Es ist ja gerade diese Abhängigkeit, die die USA dazu bewogen haben, unter ihrer Regie einen Weltölmarkt zu schaffen. Mit Hilfe der Nato haben sie diesen Markt mit all seinen Subjekten im Sack. Es gibt heutzutage keinen "Rücken an der Wand" und kein Subjekt, das den USA die Kontrolle des Ölmarktes entreißen könnte. Die europäischen Partner könnten dieses Regime zwar zerstören. Aber das wollen sie nicht. Denn zu einem eigenen sind sie nicht in der Lage. Vorerst bleiben sie auf die US-Militärmacht angewiesen.

Vorschlag 2: Konzerne bereichern!

Andere wiederum vermuten, Bush kalkuliere den Krieg gar nicht als Nationalökonom. Er sei einfach unterwegs im Auftrag seiner Konzerne. Die US-Armee wolle die irakischen Ölquellen erobern, damit Amerikas Multis sie dann ausbeuten können. Genährt wird dieser Verdacht durch die Tatsache, dass das Personal der Bush-Regierung der Energiewirtschaft

sehr nahe steht. Stellvertretend wird hier stets Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice genannt, die acht Jahre lang im Aufsichtsrat des Ölkonzerns Chevron saß. Was die Bush-Regierung als Vertreter ihrer Öl-Konzerne besonders stören soll ist, dass es ausschließlich nicht-amerikanische Firmen sind, die sich im Irak Lizenzen geangelt haben: TotalfinaElf, Lukoil, Slavneft oder Chinas CNPC.

Was ist an dieser Vermutung dran?

Wenig. Erstens ist das irakische Ölgeschäft nicht so gigantisch, wie die Reserven glauben machen. Eine deutliche Ausweitung der Förderung ist angesichts veralteter und beschädigter Anlagen kurzfristig nicht möglich. Millioneninvestitionen sind nötig und Irak selber hat kein Geld. Zudem lasten auf ihm Auslandsschulden und Reparationsforderungen von mehr als 300 Milliarden Dollar.

Zweitens: Warum überantwortete Saddam Hussein nicht einfach die Lizenzen an Chevron, Exxon und Co., um einen für alle Seiten teuren Krieg zu vermeiden? Den Russen hat er gerade eine Lizenz entzogen. Die wäre schon frei.

Drittens widerspräche ein solches Vorgehen der USA allen Gepflogenheiten auf dem Weltölmarkt. Irakische Exil-Politiker drohen zwar, dass nach dem Sturz Saddams die alten Vereinbarungen zu Gunsten amerikanischer Konzerne neu verhandelt werden könnten. Experten bezweifeln jedoch, dass eine neue Irak-Regierung diese Verträge widerrufen wird. "Entgegen einer verbreiteten Vermutung lässt sich empirisch kaum erhärten, dass die USA ihre militärische Macht nutzen, um den internationalen Wettbewerb zu Gunsten ihrer Ölfirmen außer Kraft zu setzen", meint Friedemann Müller, Irak-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik/SWP, einem Think-Tank der Bundesregierung (18). Zumal das große Ölgeschäft heutzutage ohnehin durch multi-nationale Joint-ventures abgewickelt wird. Das Urteil der Börse jedenfalls ist eindeutig: Die Aktienkurse aller großen US-Ölkonzerne liegen am Boden (19).

Viertens schließlich ist die Idee abwegig, Amerikas Regierung stünde unter der Kontrolle ihrer Multis. Die Abhängigkeit ist umgekehrt: Erst die Militärmacht ihrer Staaten verschafft den Konzernen ihre Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den Regierungen der Ölländer. Mit ihrer Militärmacht machen die Industriestaaten ihren Ölkonzernen den Weg zum Öl nicht nur frei. Sie bestimmen ihn auch. Gemäß ihren politischen Interessen untersagen sie zuweilen das Geschäft mit einzelnen Ländern. Dass in Irak zum Beispiel nur nicht-amerikanische Konzerne tätig sind, liegt weniger an Saddam

(18) F. Müller: *Das Öl des Irak*. www.swp-berlin.org/produkte/brennpunkte/irak1.htm

(19) Das soll nicht heißen, dass einzelne US-Konzerne keinesfalls von einer Invasion profitieren werden. Das kann schon sein, wäre allerdings nur eine Folge des Kriegs, nicht sein Grund.

Husseins Anti-Amerikanismus, als an Washingtons Weisung an die heimischen Energie-Manager. Der regierungsamtliche Vorbehalt gegen die Führung Iraks oder Irans wiegt einfach schwerer als jedes Geschäft, das amerikanische Konzerne zum Wohl der US-Ökonomie machen könnten.

Für die Loyalität der Konzerne gegenüber den Kontrollmächten sorgt zudem die Tatsache, dass diese Mächte zugleich ihre größten Absatz-Märkte sind. Die Multis haben die Politiker also nicht in der Hand. Allerdings sind die Interessen von Unternehmen und Regierung meist so identisch, dass die Freude darüber nicht lange währt.

Vorschlag 3: Ölpreis senken!

Eine andere Vermutung ist, nach einer Eroberung des Irak werde Amerika mit Hilfe der gigantischen irakischen Reserven den Welt-Ölmarkt überschwemmen und damit den Ölpreis drastisch drücken. Für diese Vermutung spricht, dass die Bedeutung des irakischen Öls in den nächsten Jahren zunehmen wird. Denn konstante Förderung vorausgesetzt reichen seine gesicherten Reserven noch 87 Jahre. Die gesicherten durchschnittlichen Welt-Reserven sind dagegen schon in 40 Jahren erschöpft.

Abgesehen davon, dass die USA sich in letzter Zeit nicht über den Ölpreis beschwert haben; dass an den Börsen niemand mit einem extrem niedrigen Ölpreis in Zukunft rechnet; dass Iraks Förderung mit einem Weltmarktanteil von derzeit zwei Prozent nicht gerade preisbeherrschend ist; dass gegen dieses Kriegsziel Kriegsgegner wie Deutschland oder Frankreich gar nichts einzuwenden hätten; dass eine Ölpreissenkung mit einem deutlichen Wink Amerikas an Saudi Arabien viel billiger zu erreichen wäre - oder mit einer Aufhebung des seit 1991 laufenden Embargos gegen den Irak; dass zur Erreichung dieses Ziels eine dauerhafte US-Militärpräsenz in Irak nötig wäre - und abgesehen davon, dass ein niedriger Ölpreis den vielbeschworenen Ölkonzernen das Geschäft verdürbe und ihre teuren Bohrungen in Nordamerika - aus denen derzeit noch dreimal mehr Öl sprudelt als aus den irakischen - unrentabel machen würde.

Von all dem abgesehen würden die USA mit einem sehr niedriger Ölpreis ihr gesamtes Öl-Regime gefährden. Denn er ruiniert die Förderländer. Ihre ökonomische Lage und damit ihre politische Stabilität steht und fällt mit den Öleinnahmen. "Gebt mir einen Ölpreis von dauerhaft unter zehn Dollar pro Barrel", schreibt Thomas Friedman in der New York Times, "und ich gebe euch Revolutionen von Iran bis

Saudi-Arabien.“ Ein Ölpreistrutsch würde gerade jene Regimes destabilisieren, die den USA bislang den sicheren Abtransport des Öls garantieren - auch gegen eine unzufriedene Bevölkerung.

Vorschlag 4: Opec zerstören!

Außerdem erlaubt das Quoten-System der Opec keine beliebige Ausweitung der irakischen Ölproduktion. Aktuell fördert das Land 1,5 Millionen Barrel täglich. Die Opec gestattet ihm maximal 2,8 Millionen Barrel. Mit Hilfe von ausländischen Milliardeninvestitionen könnten es in den kommenden Jahren 3,0 Millionen Barrel werden - ein minimaler Mengeneffekt angesichts einer Weltölproduktion von 75 Millionen Barrel jeden Tag. Um die irakische Ölförderung drastisch zu erhöhen, müssten die USA das Land wohl aus der Opec herauslösen. Ist das eigentliche Irak-Ziel der USA also die ökonomische Kriegserklärung an die Opec?

Gegenfrage: Was sollte die USA eigentlich an der Opec stören? Im Namen der "Organisation erdölexportierender Länder" spiegelt sich wider, dass sie kein Zusammenschluss gegen, sondern für den Weltölmarkt ist. Vergangene Versuche der Opec oder einzelner Mitglieder, die Öl-Waffe gegen den Westen zu richten, sind stets mit militärischen Niederlagen geendet. Anfang der siebziger Jahre sogar, obwohl die Sowjetunion zugunsten der arabischen Staaten eingriff.

Heute ist das vorbei. Mit einem Lieferstopp schnitte sich die Opec von ihrer wichtigsten Geldquelle ab. Und bei jeder Produktionskürzung riskiert sie den Verlust von Marktanteilen. Heute haben die Vereinigten Staaten in der Opec-Hauptmacht und Quasi-Kolonie Saudi-Arabien ihren festen Verbündeten, der als größter Ölproduzent stets für stabile Preise gesorgt hat. Zum Beispiel im zweiten Golfkrieg 1991, als Saudi-Arabien den Ausfall der kuwaitischen Förderung kompensierte. Oder im vergangenen April, als das Öl-Kartell Saddam Husseins Versuch vereitelte, per Ölboykott die Palästinenser zu unterstützen. Auch im Falle eines neuen Irak-Kriegs hatte die Opec zugesagt, ihre Ölförderung notfalls adäquat zu steigern. Ihre Sorge ist nur, dass sie "Probleme haben könnte, bei einer Unterbrechung der irakischen Ölförderung die Lücke kurzfristig zu schließen", so Obaid bin Saif el Nasser, Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate. Zentrales Anliegen der elf Opec-Staaten ist es heute nur noch, den Barrel-Preis in einem Band zwischen 22 und 28 Dollar zu halten - eine Spanne, die die US-Regierung genehmigt hat.

III. Fazit: Der Krieg - kein Geschäft

Friedemann Müller vom SWP kann sich überhaupt "kein Szenario vorstellen, bei dem US-Firmen speziell oder die amerikanische Ölversorgung von einem Regimewechsel in Irak übermäßig profitieren sollten". Auch das Wall Street Journal hält den Krieg nicht für ein Konjunkturprogramm. Die US-Wirtschaft werde nicht profitieren. Zwar hat ein Krieg ein paar positive ökonomische Wirkungen. "Die negativen Effekte gleichen das aber wieder aus." (20)

(20) Wall Street Journal, 4. Februar 2003

Dass die wirtschaftlichen Effekte so uneindeutig sind, macht vor allem jene Leute nervös, denen der Ausgang des Krieges ziemlich egal ist, solange sie einen Gewinn daraus erzielen: die Aktienhändler. Obwohl der hohe Ölpreis den Energiekonzernen hohe Profite bringt, sind die Aktien der Multis vor dem Krieg auf 52-Wochen-Tiefs gefallen. BP, Royal Dutch und Chevron waren an der Börse so billig wie seit sechs Jahren nicht mehr. Denn die Börsianer waren sich keineswegs sicher, dass Washington Krieg für Öl führt. Und daher wußten sie nicht so recht, worauf sie spekulieren sollen. Unter den Händlern des fiktiven Kapitals der Ölkonzerne ist ein großes "Einerseits-Andererseits" ausgebrochen: Einerseits ist der Ölpreis hoch. Andererseits wird damit gerechnet, dass er nach dem Krieg wieder auf 25 bis 20 Dollar fällt. Einerseits könnte der Ölpreis in den kommenden Jahren aufgrund sich erschöpfender Reserven stark steigen. Andererseits könnte er fallen, wenn neue Reserven entdeckt werden oder der Irak seine Förderung stark erhöht. Einerseits könnte die Opec nach einem Krieg die Kontrolle über die Ölförderung verlieren. Andererseits aber wäre dies nur ein temporäres Phänomen. Und so weiter.

Ziele der USA 1: Neuordnung der Öl-Region

Geht es den USA also gar nicht um "Ökonomie" oder Öl?

Ja und nein. Natürlich ist den USA das Öl auch in der aktuellen Situation nicht egal. Schließlich ist Öl der Grund, warum die Nahost-Region überhaupt interessant ist. Wer das Öl kontrolliert, sichert nicht nur die eigene Energieversorgung, sondern hat auch die Hand auf den Ökonomien der Konkurrenten. Außerdem hat die Wichtigkeit des Öls dafür gesorgt, dass die Lieferländer einiges an Reichtum akkumulieren konnten - genug, um ihnen viel Militärgerät und entsprechende Ambitionen zu verschaffen. Insofern bleibt der Nahe Osten ein "Pulverfass", dessen Lunte man besser selber in der Hand hat. Der Irak-Aufmarsch ist für Amerikas Politiker eine weitere Gelegenheit klarzustellen, dass sie das be-

stimmende Subjekt des Weltölmarktes sind. Es geht ihnen derzeit nicht um Rohstoff-Raub zu ihrer exklusiven Verfügung, also um neuen Kolonialismus, sondern um den Erhalt des Welt-Ölmarktes in bewährter Form: unter US-Führung.

Die aktuelle Unzufriedenheit der US-Regierung mit ihrem Weltölmarkt speist sich nicht aus einer Kriegsansage der Lieferländer oder aus einer drohenden Ölknappheit, sondern aus ihrer neuen Definition von "Stabilität". Hier sind die USA anspruchsvoller geworden. Gemäß ihrer neuen Sicherheits-Doktrin wollen sie nicht mehr jeden Angriff auf ihr Regime bekämpfen, nicht mehr jeden Angriff überlegen zurückschlagen können, sondern jedes mögliche Entstehen eventueller Gefahren präventiv verhindern. Das ist das Ziel. Sicherheitspolitisch: Das "Paradigma der Bedrohung" ist mehr als zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges abgelöst durch das "Paradigma des Risikos (einer Bedrohung)". Daher kann der deutsche Außenminister bei den USA auch nicht landen, wenn er gegen einen Krieg einwendet, der Irak sei doch keine "direkte Bedrohung".

Jeder Anti-Amerikanismus (mit dem die US-Regierung fest rechnet) soll gar nicht erst die Chance bekommen, mit seiner Realisierung zu kokettieren. Dieser ganzheitliche Kontrollwille sieht überall "Risiken" (21): der Irak greift zwar niemanden mehr an, verweigert sich aber der totalen Unterwerfung ("Abrüstung"); die Mitglieder islamistischer Terror-Gruppen haben fast ausschließlich den Pass eines arabischen Landes. In Iran herrscht eine "Clique von Klerikern" (Rumsfeld), die die amerikanischen Werte nicht achtet. Syrien versucht, am Schmuggel nach Irak zu verdienen und unterstützt die Hizbullah. Saudi Arabien beteuert zwar seine Unterwürfigkeit. Doch die meisten 11.-September-Attentäter waren saudische Staatsbürger, wie Osama bin Laden. Viele saudische Spenden an islamische Organisationen landen bei Terroristen. Aus US-Sicht ist die Region voller Staaten mit eigenen Interessen, nationalen Selbstbehauptungs- und Machtansprüchen und eigenen dissidenten Bevölkerungsteilen. Die Militärmacht der regionalen Staaten soll darauf zurückgekürzt werden, letztere zu bekämpfen.

Am Petroleum ausgedrückt: Die USA fürchten keinen Öl-boycott. Sie wollen mit diesen Leuten nur keine Geschäfte mehr machen wollen. Öl soll keine Geldquelle mehr für Potentaten sein, die nach der neuen Definition unzuverlässig sind. Mit der Forderung nach "Demokratisierung" der arabischen Staaten fordert die US-Regierung einen Personalwechsel an der Spitze der Ölländer.

(21) Ob das auch realistisch ist, sollte man ihm und seinen Beratern überlassen.

Ziele der USA 2: Ausschaltung aller "Risiko"-Quellen

Die neue Terror-Definition wenden die USA nicht nur auf Nahost an, sondern auf die ganze Welt. Bushs "Wer nicht mit uns ist ist gegen uns" lässt keinen Staat aus. Bei der Forderung nach purer Unterwerfung belässt es die US-Regierung aber nicht. Zu ihrem Partner wird nicht, wer sich bloß der Gewalt amerikanischer Waffen beugt. Die Regierungen sollen ihre Unterwerfung nicht als ihren unausweichlichen Schaden, sondern als ihren Nutzen sehen, als ihren Weg zum Erfolg unter der Führung Amerikas.

Für diesen Anspruch steht das Hin und Her in der UNO: Die US-Regierung macht den anderen Staatsführern einerseits das Angebot, ihren Willen irgendwie zu berücksichtigen. Andererseits stellt sie klar, dass sie davon nichts abhängig macht. Amerika akzeptiert UNO-Resolutionen, also den Willen der anderen Mächte - aber nur, wenn er mit dem eigenen identisch ist. Die Übereinstimmung der Interessen sehen die USA nicht als ihr Problem, sondern als das der Konkurrenten, die selber dafür sorgen müssen, mit der Weltmacht Nummer eins einig zu sein. Wenn nicht: Pech gehabt.

Insofern verlangt die amerikanische Regierung von ihren Partnern einen Widerspruch, den sonst nur ein Staat von seinen Bürgern verlangt (oder Eltern von ihren Kindern): gewollte Selbstunterwerfung. Verzicht im eigenen Interesse. Zwang als Freiheit (22).

Was bringt das den USA? Die Eliminierung aller "Risiko"-Quellen. Und politische Freiheit, die sich mittelbar auch in ökonomische Vorteile übersetzt. Denn Erfolg auf dem Weltmarkt hat, wer die dort geltenden Regeln setzen kann. Von daher ist nicht die Frage: Geht es den USA ums Öl oder um Anti-Terror-Kampf oder um den Weltmarkt oder pur um Weltmacht? Denn für die US-Regierung ist das alles identisch. Die Sicherung der USA vor Terror ist die Sicherung der ausgreifenden amerikanischen Interessen, ist die Sicherung des Öls ist die Sicherung des Weltmarkts - kurz: der amerikanischen Freiheit, das zu tun, was sie für richtig hält. Für dieses Ziel erhält Washington von den Finanzmärkten auch jeden Kredit: US-Staatsanleihen, nicht Öl-Aktien, sind in diesen Zeiten der sicherste Hafen für Börsianer. Mit amerikanischen Treasuries spekulieren Geldanleger auf die überlegene Gewalt der USA. "UN-Resolution für den Krieg dürfte den Markt für Staatsanleihen stützen", meldet am 9. Februar die DZ Bank. Politik und Ökonomie sind eben nicht zu trennen in einer Welt, in der Macht identisch ist mit Reichtum und in der daher jede Menge Blut für Geld vergossen wird ■

(22) Man kann sich natürlich fragen: Ist das eine neue Qualität in der Konkurrenz der Weltmächte ist oder eine neue Runde im alten Kampf? Vorher sollte man sich aber fragen, was von der Antwort auf diese Frage abhängt.